# Riesaer Tageblatt

## und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 52.

**№ 162.** **Dienstag, 15. Juli 1930, abends.** **83. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag, weitere Tarife Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nachtägige Anzeigenaufträge ohne Gewähr. „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle Goethestraße 59

Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.


## Auf des Messers Schneide.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat die 30 Abgeordneten, die zur interparlamentarischen Konferenz nach London fahren wollten, nicht ziehen lassen. Auch von den übrigen Parteien ist nicht ein Abgeordneter über den Kanal gefahren. Der Reichstag weist infolgedessen eine außergewöhnlich vorzügliche Besetzung auf. Der sozialdemokratische Parteivorstand, der somit größten Wert darauf legt, daß alle Mitglieder der Reichstagsfraktion am Platze sind, hat, wie wir hören, auch dafür Sorge getragen, daß bei der entscheidenden Abstimmung über die Deckungsvorlage der Reichsregierung am Dienstag alle Mann an Bord sind. Von den Kommunisten und Nationalsozialisten darf das gleiche angenommen werden. Nimmt man zu den genannten Fraktionen noch die beiden Außenseiter Braun und Fröhlich hinzu, so kann die Reichsregierung mit einer Opposition von 218 Mann rechnen.

Wie steht es aber um den Anhang der Reichsregierung, die eigentlichen Regierungsparteien? Sie setzen sich zusammen aus 68 Zentrumsleuten, 45 Volksparteilern, 25 Demokraten, 23 Wirtschaftsparteilern, 22 Christlich-Nationalen, und 17 Bayerischen Volksparteilern, insgesamt 200 Abgeordneten, nimmt man die 8 Bayerischen Bauern und die 2 Volksrechtler hinzu, so kommt man auf 210 Abgeordnete, die für die Deckungsvorlagen wohl stimmen werden.

Das Zünglein an der Waage bilden die 63 Deutschnationalen. Bei ihnen liegt die Entscheidung und die Verantwortung, für das, was kommen wird. Um den Reichsernährungsminister Schiele ist es in den letzten Wochen und Tagen recht still geworden. In den letzten 24 Stunden hat sich die ihm nahestehende Presse aber wieder lebhaft bemerkbar gemacht. Die deutschnationale Reichstagsfraktion beschloß jedoch am Montag erneut, die Deckungsvorlagen abzulehnen. Sie läßt durchblicken, daß sie aber für ein etwa darauf folgendes Mißtrauensvotum der Sozialdemokraten und Kommunisten nicht zu haben sein wird. Die Mehrheit der deutschnationalen Reichstagsfraktion würde sich der Stimme enthalten, die Freunde des Reichsernährungsministers aber gegen das Mißtrauensvotum stimmen, so daß das Reichskabinett gerettet wäre. Dieser Lauf der Dinge erschien vielen Parlamentariern am Montag abend sehr wahrscheinlich.

**Berlin. (Funkspruch.) Im Reichstage herrscht bereits in den Vormittagsstunden Hochbetrieb, da sich in wenigen Stunden das Schicksal der weiteren politischen Entwicklung entscheiden wird. Das Schwergewicht liegt nach wie vor bei den Deutschnationalen, von denen ein Teil mit den Regierungsparteien stimmen muß, wenn eine Mehrheit zustande kommen soll; nach den Veröffentlichungen aus diesen Kreisen ist aber bis zur Stunde noch keine Entscheidung innerhalb der deutschnationalen Partei über ihre Haltung gefallen. Die Regierung, die bis Mitternacht zusammensaß und über alle weiteren Schritte einmütige Beschlüsse faßte, will zunächst die Erklärung der Sozialdemokraten und Deutschnationalen abwarten, ehe sie zu außerparlamentarischen Maßnahmen schreitet. Sollte der deutschnationale Sprecher erklären, daß die deutschnationale Partei geschlossen gegen die Vorlage stimmen würde, dann wird der Reichskanzler nach den Beschlüssen des Kabinetts die Regierungsvorlagen sofort zurückziehen. Es ist aber vollkommen falsch, zu behaupten, daß die Regierung bereits die parlamentarischen Möglichkeiten als erschöpft ansieht.**

•

## Artikel 48 unvermeidlich?

* Berlin. **Da die Reichstagsmehrheit sich bei Festsetzung der Tagesordnung für Dienstag dahin entschieden hat, die zweite Lesung des Deckungsprogramms der Reichsregierung am Dienstag nachmittag auf jeden Fall vorzunehmen, rechnet man in parlamentarischen Kreisen mit einer endgültigen Entscheidung über das Schicksal der Deckungsvorlagen bereits für Dienstag abend. Da nach der gegenwärtigen Lage nicht daran gezweifelt werden kann, daß sowohl die Deutschnationalen wie auch die Sozialdemokraten unter allen Umständen und mit allen Mitteln Opposition treiben werden, richtet man sich in Regierungskreisen schon jetzt darauf ein, daß das Kabinett mit den hinter ihm stehenden Parteien in der Minderheit verbleibt. Sobald dies feststeht, was nach Beendigung der Aussprache in der zweiten Lesung des Deckungsprogramms der Fall sein dürfte, erwartet man aus den Reihen der Regierungsparteien einen Antag auf Vertagung des Reichstages auf unbestimmte Zeit, um nach Annahme dieses Antrages dem Kabinett die Anwendung des Artikels 48 zu ermöglichen. Von anderer Seite wird allerdings erklärt, daß das heute zustandegekommene Kopfsteuerkompromiß zwischen den Regierungsparteien zunächst an den Steuerausschuß überwiesen würde. Die Ueberweisung hätte jedoch nach Lage der Dinge nur parlamentarisch-taktischen Sinn. Sie würde darauf abzielen, noch einige Tage Zeit zu gewinnen zur Erledigung der anderen gesetzgeberischen Aufgaben, wie der Osthilfe, des Reichshaushalts, der Krankenversicherungsreform und anderer Fragen. Die überwiegende Auffassung ging in den Reihen der Regierungsparteien jedenfalls am Montag dahin, daß die Anwendung des Artikels 48 unvermeidlich geworden ist.**

**Man rechnet in den Kreisen der Regierungsparteien weiter damit, daß die Deutschnationalen einem Antrag auf Vertagung des Reichstages auf unbestimmte Zeit zustimmen werden. Von unterrichteter Seite wird übrigens versichert, daß sachlich das gesamte Deckungsprogramm einschließlich der Ergänzungen zu § 168 der Arbeitslosenversicherung, der Kopfsteuer und des Zwanges zur Einsparung von „mindestens" 100 Millionen in den zu erwartenden Notverordnungen aufrecht erhalten werden wird.**

•

## Wirtschaftspartei fordert Auflösung des Reichstags.

**vdz. Berlin. Die Wirtschaftspartei hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, in dem die Reichsregierung ersucht wird, den Reichspräsidenten zu bitten, daß im Falle der Ablehnung der Deckungsvorlage und der Vorlagen über die Revision des Erwerbslosen- und Krankenkassenwesens und der Ausgabensenkungsbestimmungen der Reichstag aufgelöst wird.**

Durch den Antrag soll, wie wir hören, verhindert werden, daß der Artikel 48 in Anwendung gebracht wird, ohne daß der Reichstag aufgelöst wird.

# Zweite Beratung des Osthilfegesetzes im Reichstag.

## Ablehnung des Gesetzes über den Reichswirtschaftsrat.

vdz. Berlin, am 14. Juli, 3 Uhr.

In der Montagssitzung des Reichstags wurde der **Notenwechsel zur deutsch-französischen Vereinbarung über den Warenaustausch zwischen dem Saargebiet und dem deutschen Zollgebiet** debattelos in allen drei Lesungen **angenommen**, ebenso die **Vorlage über die Auflösung des Reichsausgleichsamtes** zum 30. September 1930.

Das **Baukreditgesetz** für 1930 wird dem Haushaltsausschuß überwiesen.

Es folgt die

### zweite Beratung des Osthilfegesetzes.

Abg. **Stelling** (Soz.) weist darauf hin, daß die in ganz Deutschland bestehende allgemeine Wirtschaftsnot für den deutschen Osten verschärft sei durch die **verfehlte Grenzziehung und den jahrelangen Wirtschaftskrieg mit Polen.** Was bisher für den Osten geschehen ist, waren Tropfen auf dem heißen Stein. Jetzt soll ein Hilfsprogramm auf lange Sicht verwirklicht werden. Die Gesamtwirtschaft des Ostens bedarf der Hilfe, das vorliegende Gesetz ist aber im wesentlichen auf die Landwirtschaft zugeschnitten. Wir wollen der Landwirtschaft helfen, aber das Schielen mit beiden Augen nach dem Großgrundbesitz machen wir nicht mit. Wir wollen keine Subventionspolitik und wir haben zu dem Minister Schiele nicht das Vertrauen, daß er die Mittel im Sinne unserer Forderungen verwendet. **Wir beantragen, daß von den für die Landwirtschaft bereitgestellten Mitteln weitere 15 Millionen abgezweigt werden,** in erster Linie zur Verbesserung der Verkehrswege im Osten dienen und zum Ausbau der Oderwasserstraßen. Es sollte **auf die deutsche Wirtschaft ein Druck** dahin geübt werden, daß sie statt der ausländischen Arbeitskräfte **deutsche Arbeitskräfte beschäftigt.** (Sehr richtig!)

Abg. **Dr. Kleiner** (Dnat.) bedauert, daß die Erkenntnis von der Lebensnotwendigkeit des Ostens noch nicht Allgemeingut der Nation sei. Es wäre sonst unmöglich, daß ein Außenminister noch einen Tag im Amt bliebe, nachdem er den deutschen Minderheiten in Polen den schulmeisterlichen Rat zur Loyalität gegenüber einem Staate erteilt habe, der diese Minderheiten mit allen Mitteln der Willkür und Gewalt zu vernichten suche. Es wäre auch die Auffassung nicht möglich, als sei die Ostnot eine Erfindung subventionshungriger Schichten. **Der Osten verlange nicht mehr als eine teilweise Wiedergutmachung dessen, was ihm durch feindliche Eingriffe durch Irrtümer und Unterlassungen der Nachkriegspolitik angetan worden sei.** Die ostdeutsche Wirtschaft müsse in die deutsche Gesamtwirtschaft eingegliedert werden. Polen richte seine Hauptstoßkraft auf die schwächsten Stellen des deutschen Ostens, namentlich auf Ostpreußen und Schlesien. Der Redner beschäftigt sich dann insbesondere mit der **Lage Oberschlesiens.** Zweihundert Gewerbebetriebe seien stillgelegt, der vorletzte Hochofen sei ausgeblasen. Polen treibe ein Frachtendumping erster Ordnung, um die Kohlenausfuhr zu beschleunigen. Nach den Berechnungen der polnischen Tarifbüros betrugen die Ausfuhrprämien in Form verbilligter Frachten 158 Mill. Zloty, davon 116,8 für Kohle. Das Ostprogramm sehe 12 Millionen für Frachtensenkungen vor, nicht aber für Oberschlesien. Der Redner fordert dringliche **Maßnahmen,** um Oberschlesien vor der erstickenden Konkurrenz Polens zu schützen. **Die Rettung des Ostens sei die Voraussetzung für die Zukunft des Reiches.**

Abg. **Dr. Perlitius** (Zentr.) begrüßt die Vorlage. Unter der drückenden Not im Osten seien Zwangsverkäufe an der Tagesordnung. **Das Ziel der Osthilfe müsse sein, dem Bauern wieder die freie Verfügung über seine Ernte zu geben.** An der Form, in der die erforderlichen Mittel bereitgestellt sind, sollte nicht gerüttelt werden. Besonderer Fürsorge bedürfe das **darniederliegende Schulwesen** im Osten. Durch Verbesserung des Verkehrswesens und durch eine bessere Tarifpolitik müsse der Absatz der schlesischen Kohle und auch der übrigen Erzeugnisse der schlesischen Wirtschaft und Landwirtschaft erleichtert werden. Das Gebiet der Osthilfe dürfe nicht auf die unmittelbaren Grenzgebiete beschränkt werden. Man sollte auch die notleidenden niederschlesischen Gebiete nicht vergessen.

Abg. **Mertins** (Soz.) verlangt energische Förderung der Anliegersiedlung in Ostpreußen. Dabei müßten die verdrängten Landarbeiter in erster Linie berücksichtigt werden.

Abg. **Freiherr v. Rheinbaben** (DVp.) bezeichnet die **schleunige Durchführung der Osthilfe als dringend notwendig.** Sie dürfe nicht verzögert werden durch die Versuche der verschiedenen Parteien, sich bei der Ausführung des Gesetzes einzuschalten. Die mit der Vorlage verbundene Einrichtung der Ablösungsbank sei notwendig angesichts des komplizierten Aufgabengebiets. Es komme auf die Belebung der Gesamtwirtschaft an, nicht auf eine einseitige Hilfe für die Landwirtschaft. Hinsichtlich des geographischen Gebiets der Osthilfe wäre eine nähere Erklärung des Ministers darüber erwünscht, daß sich die Hilfe nicht nur auf die unmittelbaren Grenzgebiete beschränken soll. Wer grundsätzlich jeden Handelsvertrag mit Polen bekämpft, der versperrt damit den Weg für eine dauernde Gesundung der ostdeutschen Wirtschaft. Formell besteht zwar kein Junctim zwischen Osthilfe und Deckungsvorlage, aber tatsächlich ist es doch vorhanden. Das Reich kann dem Osten doch nicht helfen, wenn ihm nicht die nötigen Mittel zur Sanierung der Reichskasse bewilligt werden.

Abg. **Hörnle** (Komm.) bezeichnet die Vorlage als eine Hilfsaktion für den Großgrundbesitz und zugleich als einen imperialistischen Vorstoß gegen Sowjetrußland. Die Notlage im Osten sei groß bei den werktätigen Massen, nicht aber bei den Unternehmern und bei den Großagrariern.

•

Die Beratung wird hierauf unterbrochen, um die am Sonnabend zurückgestellten

### Abstimmungen

nachzuholen.

Das Gesetz über die **Fälligkeit der Aufwertungshypotheken** und das Gesetz über die **Vereinigung der Grundgebühr** werden nach Ablehnung der Aenderungsanträge in dritter Lesung endgültig **angenommen.** Der Antrag der Deutschnationalen auf Herausnahme der landwirtschaftlichen **Tilgungshypotheken** aus dem Gesetz wird in namentlicher Abstimmung mit 246 gegen 149 Stimmen bei zwei Enthaltungen **abgelehnt.**

**Angenommen** wird auch die Entschließung, wonach die **Zinserhöhung für die Aufwertungshypotheken nicht auf die Mieten abgewälzt werden darf.**

In der Schlußabstimmung **über das Gesetz über den endgültigen Reichswirtschaftsrat** werden für die Vorlage 284, dagegen 162 Stimmen abgegeben bei zwei Stimmenthaltungen. Gegen die Vorlage haben die Deutschnationalen, die Kommunisten, die Nationalsozialisten und die Christl.-Nationalen Bauern gestimmt.

**Präsident Löbe** stellt fest, daß durch die Abstimmung die Erfordernisse für die Annahme eines verfassungsändernden Gesetzes nicht erfüllt seien. **Die Vorlage sei also abgelehnt.**

Hierauf folgt **die dritte Beratung des Gesetzes über die Vermahlung von Inlandsweizen.**

Der sozialdemokratische Antrag, die die **Brotgewichtskontrolle in das Gesetz einfügen will,** wird in namentlicher Abstimmung mit 200 gegen 190 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen **angenommen.**

Das so **geänderte Gesetz** wird dann im Hammelsprung mit 208 gegen 146 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten bei einer Stimmenthaltung **angenommen.**

Um 7¼ Uhr vertagt sich das Haus auf **Dienstag,** 3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die **Deckungsvorlage,** die zweite Beratung des Weingesetzes und die zweite Beratung der Hilfeleistungsanträge zur Neuroder Grubenkatastrophe und die Weiterberatung der Osthilfe.

## Die Etatskürzungen.

**vdz. Berlin. Das Deckungsprogramm der Reichsregierung** sieht bekanntlich vor, daß im Etat für 1930 mindestens **weitere 100 Millionen Mark** über die schon jetzt gestrichenen 25 Millionen Mark hinaus gekürzt werden sollen. Wie wir hören, sind die Arbeiten im Finanzministerium darüber im Gange, an welchen Etats diese 100 Millionen RM. gestrichen werden können. Es ist begreiflich, daß alle Ministerien sich dagegen sträuben, daß gerade an ihren Etats eingespart werden soll, doch verlautet, daß der Finanzminister unbedingt auch gegen den Widerspruch der einzelnen Ressortminister Etatskürzungen vornehmen wird. Von den Kürzungen werden alle Etats betroffen, auch der Reichswehretat, bei dem ungefähr 30 bis 40 Millionen Mark abgestrichen werden sollen.

SLUB Wir führen Wissen.